

Alfred Gottwaldt

Diana Schulle

„Juden ist die Benutzung von Speisewagen untersagt“

**Die anti-jüdische Politik
des Reichsverkehrsministeriums zwischen 1933 und 1945**



Schriftenreihe des Centrum Judaicum,
herausgegeben von Hermann Simon

Band 6

Forschungsgutachten, erarbeitet im Auftrag des
Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

HENTRICH
& HENTRICH

Inhalt

Vorwort

Charlotte Knobloch

Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland 9

Vorwort

Wolfgang Tiefensee

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 11

0. Aufgabenstellung, Forschungsstand und Quellenlage 13

0.1 Aufgabenstellung 13

0.2 Forschungsstand 15

0.3 Quellenlage 18

1. Das Reichsverkehrsministerium (RVM) als oberste Reichsverwaltung ohne Zuständigkeit für den Bahnbetrieb von 1933 bis 1937 19

1.1 Organisationsgeschichte des RVM in der frühen Phase der NS-Herrschaft von 1933 bis 1937 19

1.2 Weitgehende personelle Kontinuität an der Spitze des RVM 21

1.3 Ausgliederung der Zuständigkeiten für Luftfahrt und Autobahnbau aus dem RVM im Jahre 1933 25

1.4 Personelle Kontinuität in den Referaten der beiden Eisenbahnabteilungen des RVM 26

1.5 Änderung der Firma des Reichs- und Preußischen Verkehrsministers im März 1935 27

1.6 Die Haltung des RVM zu rassistisch bedingten Veränderungen im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft 1933 28

1.7 Antijüdische Maßnahmen im Personalwesen des RVM und der Reichsbahn-Gesellschaft infolge des „Berufsbeamtengesetzes“ vom 7. April 1933 30

1.8 Arbeitsbeschaffung und Förderung von NSDAP-Mitgliedern durch RVM und Reichsbahn ab 1933 32

1.9 Antijüdische Maßnahmen im Personalwesen des RVM und der Reichsbahn-Gesellschaft infolge der „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935 34

1.10 Haltung des RVM zu antijüdischen Vorschlägen im Eisenbahn-Beförderungsrecht bei der Reichsbahn im Jahre 1935 36

2.	Aufbau und „Judenpolitik“ von Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn zwischen Anfang 1937 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs	39
2.1	Organisatorische Verschmelzung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit dem RVM ab Februar 1937; personelle Veränderung an der Spitze des Ministeriums	39
2.2	Fortsetzung der antijüdischen Personalpolitik bei der Deutschen Reichsbahn und weitere Anleitung der Eisenbahner zum persönlichen Judenboykott in den Jahren 1937 bis 1939	44
2.3	Antijüdische Tarifmaßnahmen der Reichsbahn in den Jahren 1938 und 1939: Aufhebung von Fahrpreisermäßigungen für Juden und Mitwirkung der Reichsbahn bei der Devisenüberwachung von Emigranten	48
2.4	Antijüdische Betriebsmaßnahmen der Reichsbahn: Transporte von Juden unmittelbar vor und nach dem 9. November 1938 sowie das Beförderungsverbot für Juden in Schlaf- und Speisewagen nach dem Novemberpogrom 1938	51
2.5	Die Beteiligung der Deutschen Reichsbahn an der „Arisierung“ jüdischen Vermögens von 1937 bis 1939	54
2.6	Die Haltung des RVM zu antijüdischen Maßnahmen im Straßenverkehr	55
2.7	Antijüdische Maßnahmen der Reichsbahn in den bis zum September 1939 annektierten Gebieten „Land Österreich“, „Sudetenland“ und „Protektorat“	56
3.	Aufbau und „Judenpolitik“ von Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn zwischen dem Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939 und dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941	60
3.1	Organisatorische und personelle Veränderungen im RVM	60
3.2	Kontinuität der antijüdischen Personalpolitik bei der Reichsbahn seit Beginn des Zweiten Weltkriegs	63
3.3	Die Organisation des Eisenbahnwesens in den besetzten polnischen Gebieten und Errichtung der „Ostbahn“ für das Generalgouvernement im Herbst 1939	66
3.4	Die Zusammenarbeit von Sicherheitspolizei und Reichsbahn bei den ersten Deportationen von Polen und Juden in der Zeit zwischen September 1939 und Juni 1941	68
3.5	Zusammenarbeit von Sicherheitspolizei und Reichsbahn bei einzelnen frühen Deportationen deutscher Juden in der Zeit zwischen Oktober 1939 und März 1941: Transporte aus Mährisch-Ostrau, Wien, Stettin, Baden und der „Saarpfalz“	71

4.	Aufgaben und „Judenpolitik“ von Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn zwischen dem Angriff auf die Sowjetunion und dem Ende des Zweiten Weltkriegs	74
4.1	Organisatorische und personelle Veränderungen im RVM ab Mitte 1941	74
4.2	Einführung von Sondertarifen des RVM im Juli 1941 für „Umsiedlertransporte“	75
4.3	Das Reiseverbot für Juden nach dem Erlass der „Sternverordnung“ vom 1. September 1941	77
4.4	Mitwirkung des RVM an der Deportation deutscher Juden ab Herbst 1941	79
4.5	Die weiteren Deportationen der Juden ab Sommer 1942	82
5.	Biographien leitender Funktionäre im RVM zwischen 1933 und 1945	85
5.1	Paul Freiherr von Eltz-Rübenach, erster Reichspostminister und erster Reichsverkehrsminister Hitlers von Juni 1932 bis Januar 1937	85
5.2	Julius Dorpmüller, Reichsbahn-Generaldirektor und zweiter Reichsverkehrsminister Hitlers von Februar 1937 bis Mai 1945	90
5.3	Gustav Koenigs, erster Staatssekretär im RVM der NS-Zeit von Dezember 1931 bis Februar 1940	95
5.4	Wilhelm Kleinmann, der „leitende“ Staatssekretär im RVM von Februar 1937 bis Mai 1942	99
5.5	Albert Ganzenmüller, letzter Staatssekretär im RVM von Mai 1942 bis Mai 1945	105
6.	Abkürzungsverzeichnis	113
7.	Abbildungsnachweis	113
8.	Literaturverzeichnis	114